

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

114 (15.5.1928)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.

Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aussträger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.60
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 465

Postfach-Konto
Karlstraße Nr. 6803

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal



Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Dienstag, den 15. Mai 1928.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vertreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher abgegeben werden.

Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim
e. G. m. b. H.

89. Jahrgang

Nr. 114.

Unerwünschter Geldsegen.

Ueberzeichnung der französischen Konsolidierungsanleihe. — Die Regierung bremst ab. — Möglichkeit zu stabilisieren. — Nur politische Gründe sprechen dagegen.

Paris, 14. Mai. Die bisherigen Ergebnisse der in der vergangenen Woche aufgelegten französischen Konsolidierungsanleihe scheinen nicht nur die Erwartungen der zuständigen Stellen weit hinter sich zu lassen, sondern auch die Regierung, die nicht mehr weiß, was sie mit dem überreichen Geldsegen anfangen soll, vor ernste Sorgen zu stellen. Die Anleihe sollte einem doppelten Zweck dienen, nämlich der Konsolidierung der in den nächsten beiden Jahren fällig werdenden kurzfristigen Verbindlichkeiten und in zweiter Linie der Beschaffung von einigen Milliarden freies Geldes, die zur Abtragung des auf 24 Milliarden gesunkenen staatlichen Vorlaufkontos bei der Bank von Frankreich dienen sollten. Nach den bisherigen Ergebnissen der Zeichnung haben die Beteiligungen, die sich bereits auf über 6 Milliarden belaufen, den vom Finanzministerium für die Rückzahlung an die Bank von Frankreich in Aussicht genommenen Betrag schon überschritten. Die Regierung läßt deshalb heute ankündigen, daß sie die Frist für Barzeichnungen bereits morgen oder übermorgen schließen lassen wird. Auf die neue Anleihe werden dann nur noch die zur Konvertierung bestimmten Schatzbonds und National-Verbindlichkeitsobligationen angenommen.

Der überraschende Beschluß der französischen Regierung, den Erfolg der von ihr aufgelegten Anleihe abzubremfen, hat neben der finanziellen eine starke politische Seite. Wie bereits mehrfach berichtet, ist Poincaré auch nach den Wahlen Gegner

einer baldigen legalen Stabilisierung des Frankens geblieben. Er hat in seiner letzten Rede in Bar-le-Duc den bereits während der Wahlkampagne vertretenen Standpunkt aufrecht erhalten, daß der Zeitpunkt für einen endgültigen Abschluß des Sanierungswerkes noch nicht gekommen sei, daß vielmehr seine Konsolidierung die ganze neue Legislaturperiode in Anspruch nehmen werde. Die von Poincaré für die neue Hinausschiebung der Stabilisierung vorgeschickten technischen Gründe drohten durch den unerwarteten Erfolg der Anleihe stark kompromittiert zu werden; denn in dem Augenblick da die Höhe der auf die Anleihe eingehenden Bargeber die Möglichkeit bot, die Vorschüsse der Bank bis auf ein dem normalen Satz nahekommenen Maß abzutragen wäre das letzte Hindernis gefallen, mit dem die Gegner der endgültigen Stabilisierung ihre Verschleppungstaktik bisher zu rechtfertigen versuchten. Ihre wahren Gründe waren ausschließlich politischer Natur. Vor den Wahlen wollte Poincaré nicht stabilisieren, weil er wußte, daß er sich damit des zugkräftigsten Arguments für die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit begeben würde. Heute will er es nicht, weil er sich keiner Illusion darüber hingeben kann, daß mit der Stabilisierung der von ihm proklamierten Burgfriede jede innere Berechtigung verlieren würde und daß es in der Kammer zu einer reinlichen Scheidung der Geister kommen müßte, die die Fortführung seiner über den Parteien stehenden Politik ausschließt.

Strefemann ernstlich erkrankt.

Berlin, 14. Mai. Im Befinden des Reichsaußenministers Dr. Strefemann, der schon seit einigen Tagen, wie zuerst gemeldet wegen einer Erkältung das Bett hüten muß, ist heute eine Verschlimmerung eingetreten. Halbamtlich wird berichtet, daß der Minister an einer Magen- und Darmkrankung sowie an einer Nierenaffektion leidet. Wie wir hören, hat sich Dr. Strefemann auf einer Wahlreise eine Fleischvergiftung zugezogen. Man betrachtet den Zustand Strefemanns nicht ganz ohne Bedauern. In der zehnten Abendstunde wurde von amtlicher Stelle das folgende Kommuniqué ausgegeben: Reichsminister Dr. Strefemann ist an einem fieberhaften, paratyphusähnlichen Magen- und Darmkatarrh ernstlich erkrankt mit einer Affektion der Niere, die strengste Schonung und Bettruhe erforderlich macht. Infolge dessen ist jede Tätigkeit des Ministers ausgesetzt. Dr. Strefemann ist seit heute nachmittag um den Gesundheitszustand des Ministers herricht und die ihren Ausdruck darin fand, daß man im Laufe dieses Tages zweimal Krankheitsberichte ausgab. Die Notwendigkeit zu dieser amtlichen Erklärung entstand zunächst daraus, daß sich an den Börsen beunruhigende Gerüchte verbreiteten und auch sämtliche Wahlversammlungen und politischen Empfänge abgefragt werden mußten, darunter vor allem auch die geplante Zusammenkunft Dr. Strefemanns mit dem Außenminister Dr. Beneß. Die Verschlechterung im Gesundheitszustand des Ministers, der ja bereits seit Beginn des vorigen Dienstag bettlägerig krank ist, trat im Laufe des gestrigen Tages ein. Dr. Strefemann ist von seiner Heidelberger Reise, an die sich eine Wahlreise in Mainz angeschlossen, mit einer leichten Fleischvergiftung zurückgekehrt. Daraus entwickelte sich zunächst eine Magen- und Darmkrankung, die den Minister zwang, an seinem 50. Geburtstag, den 10. Mai, sämtliche Empfänge und Befehle der Deputierten abzusetzen. Zu diesen ersten Erkrankungsercheinungen trat dann eine Affektion der Niere — der Minister ist bekanntlich seit Jahren nierenkrank — und es kam hinzu, daß infolge der Ueberanstrengung Dr. Strefemanns durch seine amtliche Tätigkeit und durch seine Arbeit im Wahlkampf auch das Herz stark mitgenommen war. Es ist bekannt, daß der Minister seit Jahren auch an einer Erkrankung der Atmungsorgane leidet, was bei dem Gesamtzustand des Patienten und bei dem Zusammentreffen der verschiedenen Erkrankungsercheinungen selbstverständlich eine große Rolle spielt.

Antrag auf Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag

Berlin, 15. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat die preussische Regierung und eine Reihe anderer Länder im Reichsrat den Antrag eingebracht, den 11. August, den Tag der Weimarer Verfassung, zum Nationalfeiertag zu erklären.

Kundgebung der Liquidationsgeschädigten im Reichsfinanzministerium

Berlin, 15. Mai. Eine aus ungefähr 50 Personen bestehende Abordnung von Liquidationsgeschädigten erschien am Montag vormittag im Reichsfinanzministerium, um bei dem zuständigen Dezernenten, Ministerialdirektor Dorn, gegen die Verschleppung der Schuldbeitragungen zu protestieren, die als Zahlungsmittelersatz aufgrund des Kriegsschadenschlußgesetzes seitens des Deutschen Reiches zugunsten der Liquidationsgeschädigten vorgenommen werden sollen. Das Erscheinen der ziemlich erregten Menschenmenge rief ziemlich Unruhe im Reichsfinanzministerium hervor. Man versuchte, die Demonstranten zu beschwichtigen und zu veranlassen, zunächst im Meldestimmer zu warten. Die bald darauf eintreffende Polizei fand keinen Anlaß zum Einschreiten, da die Abordnung, die inzwischen die Mitteilung erhalten hatte, daß Ministerialdirektor Dorn nicht im Hause sei, das Ministerium verließ.

Um die Tarifierhöhung bei der Reichsbahn

Berlin, 15. Mai. Die deutsche Reichsbahngesellschaft veröffentlicht soeben eine Denkschrift zu ihrem Antrag auf Tarifierhöhung, in der es in der Einleitung u. a. heißt: „Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat unter schwierigen Umständen ihren Betrieb begonnen. Nicht nur die Wiederhergangsetzung der bisher von der französisch-belgischen Eisenbahnregie verwalteten Rhein- und Ruhrbahnen erforderte große Opfer, sondern auch der Zustand der Anlagen und Einrichtungen war infolge der Einwirkungen der Krieg- und Nachkriegszeit keineswegs befriedigend. Diese Verhältnisse ordnungsmäßiger Unterhaltung und Erneuerung führten dazu, daß große Aufwendungen gemacht werden mußten und noch gemacht werden müssen, um den technischen Apparat auf die alte Höhe zu bringen und ihn in tadellosem Zustand zu erhalten. Dazu kamen die Reparations- und andere Lasten, die seitdem ständig gestiegen sind. Für den Reparationsdienst galten die ersten Geschäftsjahre als Schonzeit. Eine Deckung auf dem Wege des Kredits für die in Betracht kommenden Ausgaben ist nicht zulässig. Es bleibt daher nichts übrig, als den Antrag auf eine Tarifierhöhung zu stellen, oder daß auf dem Gebiete der sogenannten politischen Lasten entsprechende Erleichterungen zugestanden werden.“

Die Erhöhung soll die Einnahmen um 5 Prozent steigern und so eine Mehreinnahme von 250 Millionen Reichsmark erbringen.

Die beabsichtigten Tarifmaßnahmen sind so zu gestalten, daß soweit möglich die Interessen der Wirtschaft gewahrt und die weniger Leistungsfähigen geschont werden.

Zu der Durchführbarkeit der Tarifierhöhung heißt es in der Denkschrift u. a.: „In Rücksicht darauf, daß die Reichsbahn erheblich höhere Einnahmen aus dem Güterverkehr als aus dem Personenverkehr gewinnt, muß man aus dem Güterverkehr den größten Teil der Mehreinnahmen (etwa Zweidrittel) zu decken suchen. In beiden Verkehrszweigen sollen die Wettbewerbsstarke ausgenommen werden. Da im Güterverkehr die Einnahmen der Wettbewerbsstarke rund 268,5 Millionen RM. ausmachen und da ferner die schon beschlossenen Tarifermäßigungen für Kohle, Heu und Stroh und die Eigenausfuhr mit etwa 30,8 Millionen RM. Ausfall zu decken sind, so müssen die Gütertarife um 10 Prozent erhöht werden. Hierbei ist mit einem Verkehrsrückgang von mindestens 2 Prozent zu rechnen. Dadurch würde eine Mehreinnahme von 195 Millionen RM. erzielt werden.“

Aus dem Personenverkehr blieben dann noch 55 Millionen RM. zu decken. Würde man hierbei eine prozentuale Erhöhung aller Klassen durchführen, so würde die Abwanderung in niedrigere Klassen und langsame Zugarten verstärkt stattfinden. Dazu käme, daß der Ausfall durch den Wettbewerb des Kraftwagenverkehrs gleichfalls sehr stark fortbestehen würde. Auch das Flugzeug würde starken Wettbewerb machen. Um diese auf 155 Millionen RM. geschätzten Verluste wieder einzubringen und außerdem eine Mehreinnahme von 55 Millionen RM. aus dem Personenverkehr zu gewinnen, müßte der der Reichsbahn bleibende Verkehr dann mindestens um 15 Prozent verteuert werden. Wenn wir daher den Vorschlag einer prozentualen Erhöhung hiermit unterbreiten, so müßten wir doch zur Erwägung stellen, ob nicht einem System der Vorzug gegeben werden sollte, durch das die bisherige Abwanderung in eine Aufwanderung verwandelt wird.“

Es wird vorgeschlagen, die dritte Klasse ganz zu beseitigen und dafür die Preise der Postlerklasse (die erste Klasse würde nur in ganz wenigen Zügen bleiben) um ein Geringes zu ermäßigen, d. h. das Zweiklassen-System einzuführen.

Dadurch würde es möglich, den jetzigen Fahrpreis 4. Klasse nur um 12 Prozent zu erhöhen.

Die Denkschrift setzt ausführlich die Gründe auseinander,

die für den Antrag sprechen und fast die zum Schluß folgendermaßen zusammen: „Zeit Jahresfrist hat sich eine Mehrbelastung der Reichsbahn von rund 650 Millionen Reichsmark ergeben.“

und zwar besonders durch erhöhte Reparations- und Personalausgaben. Trotz günstiger Einnahmen sind viele gesteigerten Mehrausgaben nicht mehr zu bestreiten. Die als Notmaßnahme zur Zeit durchgeführte Droßelung sachlicher Ausgaben rührt bei manchen Anlagen bereits an die Betriebssicherheit. 1928 sind schon 200 Millionen RM. Vorzugsaktien begeben worden. Selbst wenn noch weitere 200 Millionen RM. Kredite dieses Jahr bereingekommen werden, kann das Ausgabeprogramm nicht gedeckt werden. Ein weiterer kurzfristiger Kredit für 1928 würde das Jahr 1929 belasten, das einen Eigenbedarf von 400 Millionen RM. Anleihe hat. Einmalige Kredite können laufende Ausgaben nicht decken. Soll die Reichsbahn gesund bleiben, so läßt sich eine Tarifierhöhung nicht länger umgehen. In der vorstichhaften Weise, wie die Neugegestaltung der Tarife geplant ist, wird für die Wirtschaft traubar sein. Bedeuten doch 250 Millionen RM. Tarifierhöhung nicht mehr als ein Reichspennia Lohn-erhöhung für die Arbeitsstunde aller Industriearbeiter.“

Die deutsche Außenpolitik.

Von Minister a. D. Hermann Dietrich, M. d. R.

Herr Strefemann hat seinen 50. Geburtstag gefeiert und sich bei dieser Gelegenheit von der ihm ergebenden Presse gründlich beweihräuden lassen. Wir haben dagegen nichts einzuwenden, aber wir glauben das Recht zu folgender Feststellung zu haben:

1. Daß die von Herrn Strefemann betriebene Politik weiter nichts war als die Fortsetzung der früher von ihm bekämpften Erfüllungspolitik. Das Kind bekam lediglich einen anderen Namen und heißt jetzt Verständigungspolitik.

2. Daß gegenwärtig leider zum Triumphieren kein geeigneter Zeitpunkt ist, weil wir in der Außenpolitik in den 1 1/2 Jahren, die hinter uns liegen, so gut wie nichts erreicht haben. Wenn unser Ansehen in der Welt größer geworden ist und unsere Position stärker wurde, so liegt das nicht an irgend welchen diplomatischen Erfolgen, die wir errungen hatten, sondern lediglich daran, daß die deutsche Wirtschaft sich günstig entwickelt hat, und daß die deutschen Finanzen im Verfolg dieser Entwicklung so gestärkt worden sind, daß die gegenwärtige Rechtsregierung es wagen konnte, mit dem sogenannten Notprogramm ein Hausen Ausgaben zu bewilligen und zu bestreiten, die wir schon wiederholt ausgeführt haben, eine Steuererhöhung vorerst unmöglich machen. Die Kernprobleme der deutschen Außenpolitik sind die Räumung der besetzten Gebiete und die Reparationsfrage. Wenn es gelingen sollte, in den nächsten Monaten die Räumung durchzuführen, so kann man das nicht mehr als besonderen Erfolg buchen, denn in diesem Jahr, oder längstens im nächsten muß so wie so die zweite Zone geräumt werden. Wir sind aber sicher, daß man, wenn das kommt, nicht verstehen wird, dieses Ereignis als einen großen politischen Erfolg hinzustellen.

Die Reparationsfrage ist ein Teilstück der gesamten Kriegsabrechnung. Die Ententestaaten schulden untereinander, einschließlich dessen, was die Vereinigten Staaten gut haben, etwa die Summe von 100 Milliarden Goldmark, kapitalisiert beträgt die deutsche Reparationsschuld 40 Milliarden Goldmark, das ist ungefähr die Summe, die die Vereinigten Staaten aus dem Krieg England, Frankreich, Italien und andere zu fordern haben. Die Franzosen schulden den Engländern und den Amerikanern etwa 35 Milliarden Goldfranken = 28 Milliarden Mark. An den deutschen Reparation sind sie mit etwas mehr als der Hälfte beteiligt, jedoch, wenn sie alles, was sie schulden, an Amerika und England bezahlen müßten, selbst dann noch Milliarden zugulegen hätten, wenn Deutschland wirklich alles bezahlen könnte. Davon ist aber gar keine Rede. Die Sachverständigen in der ganzen Welt und vor allem die Engländer wissen das. Herr Keynes, der beste Kenner dieser Materie hat gerade die letzten Tage dazu benötigt, am die Amerikaner aufzufordern, endlich an ihren Forderungen nachzulassen, damit auch die Engländer, die Franzosen und andere ihre Ansprüche an die Freunde und Gegner ermäßigen können. Er hat offen ausgesprochen, daß Deutschland höchstens zwei Drittel von dem zahlen könne, was man ihm zumute.

Die Lösung dieses Reparationsproblems hängt davon ab, daß wir die Politik der Verständigung weiter treiben. Jede Regierung, die nach den Wahlen kommt, wird das zu tun gezwungen sein. Ob Rechts- oder Linkregierung. Diese Gelegenheit muß aber dazu benützt werden, festzustellen, daß die Deutschlandpolitik jetzt seit 1 1/2 Jahren auch ihrerseits die Verständigungspolitik als die einzig mögliche bezeichneten, und daß ihre Minister dementsprechend gehandelt haben. In Hinterproben und Hinterproben weiß man das noch nicht. Bei uns in Baden aber weiß man, daß diese Politik eingeleitet worden ist, von der Deutschen Demo-

In wenigen Worten

Die preussische Regierung und eine Reihe anderer Länder haben im Reichsrat den Antrag eingebracht, den 11. August, den Tag der Weimarer Verfassung, zum Nationalfeiertag zu erklären.

Nach Meldungen aus Saint Johns auf Neufundland ist der nach Greenly Island entlandene Flieger Fairchild erkrankt, so daß ein neues Flugzeug mit Erfolg nach St. Johns abgehen mußte. Die Hilfsexpedition für die „Bremen“ erleidet dadurch eine Verzögerung.

Die Montagssitzung des Kolmarer Prozesses brachte die Fortsetzung der Vernehmung des Angeklagten Schlegel sowie die Vernehmung der Angeklagten Stürmel und Schweitzer.

Nach Meldungen aus Moskau sollen für den Donez-Prozess auch Zeugen aus Deutschland geladen werden.

kratischen Partei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten. Daß sie damals bekämpft worden ist von Herrn Stresemann, daß dieser die gleiche Politik dann von 1923 ab übernommen und daß nunmehr gegen ihn die Deutschnationalen dieselben Angriffe erheben, die er früher gegen uns erhoben hat. Jetzt, nachdem auch die Deutschnationalen eingeschwenkt sind, halten die Völkischen die gleichen Reden, die früher die Volkspartei gegen uns und später die Deutschnationalen gegen die Volkspartei gehalten haben. Wir sind jetzt alle darüber einig, daß das, was wir als Erfüllungspolitik mit Zentrum und Sozialdemokratie in die Wege geleitet haben, nunmehr auch von der Volkspartei und den Deutschnationalen als das einzig Richtige und Mögliche erkannt und mitbetrieben worden ist und damit steht fest, daß jene Politik, wegen der wir als nicht national hingestellt worden sind, in Wirklichkeit nationale Politik gewesen ist.

Ein erfrischender Wahlaufmarsch.

Hamburg, 14. Mai. Die Jungdemokratische Arbeitsgemeinschaft, der tatendurstigen, jugendlichen Stoßtrupp der Hamburger Demokraten, wendet sich in einem Aufruf an die große Zahl der am 20. Mai zum ersten Male an die Wahlurnen tretenden Jugendwähler. Unbeschwert von der in Parteiaufrufen sonst vielfach noch üblichen Schablone findet der Appell manches erfrischende Wort, wenn es darin u. a. heißt:

Wir Jungdemokraten wollen, daß man die Millionen der jungen Wähler aus ihrer Zurückhaltung, die vielfach eine unfreiwillige ist, die vielfach eine Rückschauung aus Gründen der Ueberalterung unserer Politik ist, ein Hemmschuh, den Beweglichen angelegt zum Schutz der Unbeweglichen und Langsamen, herausläßt.

Wir wollen eine Verjüngung und Besserung der Politik und warnen alle Volksführer vor Untätigkeit und Selbstgefälligkeit. Nicht die Zahl der Jahre soll entscheiden über die Eignung zum Volksführertum, sondern die Leistungsfähigkeit und der ernste Wille zur Arbeit. Arbeit ist die Parole, unter der zu kämpfen die neue Jugend sich bereit erklärt. Nur dem Arbeitenden gebührt Achtung, gebührt Ruhm, gebührt Aufstieg.

Unsere Verachtung aber gilt den Hunderttausenden von Dackmäusern und Niesmachern, den Saboteuren der Demokratie, unsere Verachtung gilt allen jenen Feinden des neuen Staates, die der Republik gram sind, weil sie das Volk in alle Rechte der Selbstregierung und der Selbstverantwortung einsetzte. Man kann unseres Erachtens keine tiefere Achtung vor deutschem Wesen, deutscher Geisteskultur und vor dem deutschen Volke bekunden, als es das Volk dadurch bekundete, daß es das Regiment über sich selbst antrat.

In diesem Geiste wollen wir Jungdemokraten daran mitwirken, daß die deutsche Demokratie zum echten und makellosen Symbol wahrer Volksfreiheit werde! Wir fordern Selbstdisziplin von allen unseren Jugendfreunden, wir fordern aber auch von der Bätergeneration, deren Werk wir fortsetzen sollen, politische Würde und Toleranz. Deshalb verwahren wir uns gegen die bisherigen Methoden der Wahlkämpfe, die in der Verunglimpfung des politischen Gegners oder in der Wahlflüge das wirksamste Mittel zum eigenen Erfolg erblickten. Wir stellen einhellig fest, daß wir uns immer eines Erfolges schämen werden, den wir mit Mitteln der politischen Heuchelei vorbereitet haben. Wir glauben an den Sieg des Geistes und der guten Tat und setzen in der Demokratie den sichersten Weg zu diesem Sieg. Wir rufen die Jugend auf: Werdet Demokraten!

Neue Wendung im Jafubowski-Prozess

Schwerin, 15. Mai. Die in der Affäre Jafubowski Verhafteten, August Rogens, Bisdorfer und Kreuzfeld, sind am Montagvormittag wieder aus der Untersuchungshaft im Amtsgerichtsgefängnis entlassen worden. Die Gründe der Entlassung werden von Gerichtsseite nicht bekanntgegeben. Nach Abschlus der Ermittlungen im Falle Jafubowski hat, wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ erklärt, die Mecklenburg-Strelitzer Landesregierung beschlossen, vor einer weiteren Entscheidung das Gutachten mehrerer namhafter Juristen einzuholen. Der Reichsjustizminister ist gebeten worden, ihr solche zu benennen.

Besprechung der deutschen Ingenieure mit ihren Verteidigern

Kowno, 15. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die Verteidiger der deutschen Ingenieure, Professor Worip, Dzip und Dolmatowski die Ingenieure und Techniker im Gefängnis aufgesucht. Sie überreichten den Verhafteten das Material für den Prozess. Die Gefangenen übermittelten dem deutschen Botschafter ihren Dank für seine Fürsorge und den zugesagten Schutz und ersuchten ihn, sie auch weiterhin nicht im Stich zu lassen. Auch dem Legationsrat Schlep galt der Dank der Gefangenen.

Werners Werbung.

Roman von George Manville Fenn und Carl Johannes.

„Tun Sie sofort alle dazu erforderlichen Schritte, Herr Trevithid“, antwortete Klara entschieden.

„Ich danke Ihnen, Fräulein Gartram,“ — und er machte sich die Notiz — „es wird sofort geschehen.“

„Und das ist alles?“ fragte Klara.

„Nein, dann ist noch der Granitbruch. Ich würde Ihnen empfehlen, denselben an eine kleine Aktiengesellschaft zu verkaufen. Sie können einen sehr hohen Preis dafür erzielen; denn er ist ungemein wertvoll. Und noch mehr würden Sie daraus erzielen, wenn Sie für das Kaufgeld Aktien annehmen, aber ich würde Ihnen davon abraten.“

„Nein,“ antwortete Klara, sich erhebend, mit fester Entschiedenheit, wenn ihr auch Tränen in den Augen standen. „Der Granitbruch war meines Vaters Lieblingsunternehmen. So lange ich lebe, soll die Sorge für seinen Granitbruch und seine Arbeiter meine Lebensaufgabe bilden.“

„Meine liebe junge Dame,“ rief der Notar, sich gleichfalls erhebend und ihre Hand ehrerbietig an seine Lippen führend, „vorhin war ich stolz auf das Vertrauen, welches Sie mir zeigten, aber jetzt bin ich noch viel stolzer; denn ich ehre Sie um dieses Entschlusses willen. Ich werde Ihre Wünsche in jeder Hinsicht erfüllen. Noch ein Wort. Für die Geschäftsführung des Granitbruchs werden Sie einer Hilfe bedürfen — eines Herrn, der mit Steinen Bescheid weiß.“

„Nein, Herr Trevithid, ich werde nur in den geschäftlichen Geldangelegenheiten einer Hilfe bedürfen, und die hoffe ich bei Ihnen zu finden. Das übrige kann ich mit meinen Arbeitern und dem Werkführer selbst leisten.“

Der Notar verbeugte sich und blickte dann wieder auf Mary, die ihm jedoch ebenso abweisend wie bisher begegnete.

Die Verteidigung verlangt auch deutsche Zeugen im Dones-Prozess.

Kowno, 15. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, sollen zu dem Prozess am 18. Mai außer den Zeugen aus der Sowjetunion auch solche aus Deutschland geladen werden. Die russische Verteidigung beabsichtigt, schriftliche Zeugenaussagen der A.G. und des Direktors Pleimann von der A.G. einzufordern. Ob das Gericht diesem Antrag stattgeben wird, steht jedoch noch nicht fest.

Zusammentritt des großen Wirtschaftsrats des Völkerbundes

Genf, 15. Mai. Der große Wirtschaftsrat des Völkerbundes trat am Montag vormittag unter dem Vorsitz des ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Theunis zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Zwei neue Bombenattentate in Sofia

Sofia, 15. Mai. Am Montag gegen 3 Uhr morgens erfolgten hier zwei neue Bombenexplosionen. In 10 Minuten Abstand explodierten hier an zwei entgegengesetzten Enden der Stadt, und zwar vor der Villa des Hadji Katschew, eines der reichsten Männer Bulgariens, und vor dem Hause eines Juden, Höllenmaschinen, ohne jedoch größeren Schaden anzurichten. Die Ausführung der Anschläge entsprach genau der des kürzlichen Anschlages auf die Handelsbank. Politische Bedeutung wird den Anschlägen nicht beigemessen. Diese werden vielmehr nur als Kundgebung gegen die zu geringen Erdbebenbeiträgen verschiedener Persönlichkeiten angesehen. Infolge der raschen Wiederholung der Anschläge hat sich der Bevölkerung große Aufregung bemächtigt.

Verzögerung im Abflug nach Greenvy-Inland

Greenvy, 15. Mai. Wie aus Saint Johns gemeldet wird, erkrankte Pilot Gatrchild, so daß ein neues Flugzeug mit Erich nach Saint Johns abgehen mußte. Die Flugzeuge können daher wahrscheinlich nicht vor Montag oder Dienstag nach Greenvy Island fliegen.

Die „Bremen“-Flieger in Milwaukee

Newport, 15. Mai. Die „Bremen“-Flieger sind am Sonntag, aus Chicago kommend, auf dem Flugplatz in Milwaukee gelandet und festlich empfangen worden.

Schwierige Schiedsverhandlungen.

London, 14. Mai. Chamberlain erklärte heute im Unterhaus, daß die englische Regierung und die Regierungen der Dominions der Ansicht seien, daß der Schiedsgerichtsvertrag, den Amerika England als Ersatz für den Ende Juli ablaufenden Vertrag angeboten habe, in vielen Punkten den englischen Wünschen nicht entspreche und daß daher langwierige Verhandlungen notwendig sein würden, um einen neuen Vertrag zu entwerfen. Er habe daher der amerikanischen Regierung vorgeschlagen, den in Geltung befindlichen Vertrag noch um einen kürzeren Zeitraum zu verlängern. Es erscheine aber fraglich, ob der Senat der Vereinigten Staaten diesem Vorschlag werde zustimmen können, bevor er seine Sommerferien antrete.

Der Colmarer Autonomisten-Prozess

Fortgang des Verfahrens.

Colmar, 15. Mai. Die neue Woche des Colmarer Autonomistenprozesses brachte die Fortsetzung des Verhörs der Angeklagten. Zunächst wurden einige Schreiben, die beim Gericht eingelaufen sind, verlesen, darunter ein Schreiben des Herrn Verstell vom Ulstein-Verlag Berlin, der erklärt, daß er mit dem Angeklagten Heil weder über die autonomistische Bewegung, noch über die Organisation einer autonomistischen Zeitung zu irgend einem Zeitpunkt korrespondiert habe. Er verstehe nicht, wie der Angeklagte Heil dazu komme, seinen Namen zu nennen. Der Generalstaatsanwalt verliest einen Bericht der Geheimpolizei über die am Freitag erwähnten Briefumschläge der Gisa, die der Angeklagte Noose für seine Korrespondenz an angebliche deutsche Spionagestellen benutzt habe. Der Polizeibericht behauptet, daß Haug die Briefumschläge vorzüglich beschafft habe. Haug weist nach, daß er niemals in der Gisa war, und daß die Briefumschläge ohne sein Zutun in sein Büro gekommen seien. Der Angeklagte Schlegel wird dann weiter vernommen. Er stellt fest, daß er erstens nicht Sekretär der Schutztruppe, sondern der lokalen Organisation des Heimatsbundes war; zweitens, daß er in dieser Eigenschaft erst im Jahre 1927 eintrat. Er sei daher für die bei ihm ge-

fundenen Protokolle nicht verantwortlich und insbesondere nicht zuständig für die vom Vorsitzenden aus diesen Protokollen hergeleiteten Folgen. Schall greift hier ein und erklärt, daß die gesamten Pläne über die Schutztruppe und deren Sondereinrichtungen berechnet gewesen seien für eine Truppe von ungefähr 120 Mann. So viel Leute hätte man notwendig gehabt, um einen sicher arbeitenden Saalbau in Straßburg zu haben.

Man habe jedoch niemals diese 120 Mann zusammengebracht. Er habe bereits erklärt, daß die Höchstziffer 25 Mann gewesen sei. Es sei also wertlos, den ganzen „Mobilisationsplänen“ in dieser Weise nachzugehen, da sie keinerlei militärischen Sinn gehabt hätten. Schlegel soll dann Auskunft geben über die bei ihm gefundenen Gummiknäppel. Schall erklärt stat seiner, daß man im Jahre 1926 vorgehabt habe, die Schutztruppe nach dem Muster der sozialistischen Organisationen mit Gummiknäppeln auszurüsten. Man habe Muster überhand bekommen und habe diese bezahlt. Die Muster seien jedoch zu den Akten gelegt worden und dort verblieben. Schlegel soll sich dann über die Spionageaffäre äußern, die im Zusammenhang mit anderen Angeklagten eine besondere Rolle im Prozess spielt. Es stellt sich heraus, daß es sich hierbei nur um eine Epistel-tätigkeit der Straßburger Geheimpolizei handelt, die die Heimatsbewegung bloßstellen sollte. Der Angeklagte Kohler der zu den Spionageverdächtigen gehört, ruft laut in die Verhandlung hinein: „Das ist ja sehr interessant. Endlich sieht man einmal, wer die richtigen Spione waren.“

Es tritt dann eine kurze Pause ein.

Hierauf wird der Angeklagte Stürmel vernommen. Der Vorsitzende stellt seine Personalien fest und betont, daß seine Brüder in der französischen Armee gedient hätten und als gute Patrioten bekannt seien. Stürmel stellt fest, daß die Anklageschrift eine Reihe von Unrichtigkeiten und Irrtümern enthalte und im Laufe der Vernehmung bemängelt er, daß der Untersuchungsrichter aus seiner großen Korrespondenz nur einen einzigen Brief verwandt hat, um seine Anklage darauf aufzubauen, eine Reihe anderer wesentlicher Briefe dagegen nicht erwähnt hat. Die Verteidigung beschwert sich energisch gegen dieses Vorgehen des Untersuchungsrichters. Rechtsanwalt Vertson stellt fest, daß bereits wichtige Dokumente vom Untersuchungsrichter übergeben worden sind.

Diese Anschuldigungen drohen zu einem neuen Zwischenfall zu werden. Es gelangt dann ein Brief Dr. Ricklins zur Verlesung, in dem Stürmel als „zuverlässig und intelligent“ bezeichnet wird. An Hand des Lexikons weist Stürmel nach, daß sogar diese beiden Worte falsch überfetzt worden seien. Stürmel schließt sein Verhör mit der Feststellung: „Es liegt kein Komplott, kein Separatismus vor. Es ist auch kein deutsches Geld im Spiel.“

Dann wird der Angeklagte Schweiger vernommen, der angibt, in seiner Eigenschaft als Vertretungsmann bei der „Zukunft“ sehr schlechte Erfahrungen mit den sogenannten „agents provocateurs“ gemacht zu haben. Als der Vorsitzende verärgert verlangt, diesen Ausdruck endlich einmal aus der sachlichen Debatte wegzulassen, lehnt Schweiger dies mit dem Hinweis ab, daß diese „agents provocateurs“ ihnen von den ersten Tagen an das Leben fauer gemacht hätten. Er kenne einige von ihnen und wisse von einem von ihnen, daß er im Rheinland die rheinische Separatistenbewegung unterstützt und später im Elsaß versucht habe, die sogenannte eltsässische separatistische Bewegung zu „machen“.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er damit gemeint habe, als er einmal von der Befreiung des Elsaß gesprochen habe, erklärt dann Schweiger mit Nachdruck, es sei sein Wille in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, daß das Elsaß befreit werde von Chauvinismus jeder Art, sei es des französischen oder des deutschen. Er glaube, daß die Grenzen eines Landes nicht mit Bajonetten, sondern mit den Herzen der Bevölkerung gesichert werden müßten. Auf die ausdrückliche Frage: wen er von den übrigen Angeklagten kenne, erklärt Schweiger, er kenne nur Schall, Soloven und Stürmel und habe einmal fünf Minuten mit Dr. Ricklin gesprochen.

Hierauf werden die Verhandlungen auf den Nachmittag vertagt.

Ein neuer Zwischenfall.

Colmar, 15. Mai. In der Nachmittagsitzung wurde als letzter der Angeklagten aus dem Kreise der „Zukunft“ und des „Heimatsbundes“ der Kaufmann Reissacher vernommen,

Neunundvierzigstes Kapitel.

Wimble findet eine Synr.

Am folgenden Morgen kam ein kleines nettes Dienstmädchen in Wimbles Laden und brachte mit Frau Carlsons Empfehlungen ein Paket und einen Brief.

Wimble nahm beides mit zitternden Händen, und sobald er wieder allein war, murmelte er mit glücklich klopfendem Herzen vor sich hin:

„Endlich, endlich, hat sie meine Liebe erkannt und mir ein Zeichen der Erhörnung gesandt.“

Einige Sekunden lang zögerte er unschlüssig, was er zuerst öffnen sollte, den Brief oder das Paket — dann entschloß er sich für das letztere und fand nach Entfernung der Hülle eine kräftige Kartonschachtel, und jetzt brauchte er nur noch den Deckel abzuschneiden. Aber nun, um seine Freude länger auszukosten, öffnete er erst den Brief und las:

„Frau Carlson würde Herrn Wimble sehr verpflichtet sein, wenn er die beiliegende Sendung sofort in Angriff nehmen und binnen einer Woche gut aufgearbeitet wieder zurückschicken wollte.“

„Aufarbeiten — sofort in Angriff nehmen — binnen einer Woche!“ murmelte Wimble enttäuscht, riß dann heftig den Deckel der Schachtel ab und starrte wie vernichtet auf den Inhalt derselben.

„So oft habe ich sie nun schon in der Nähe gesehen und nie etwas davon gemerkt“, flüchelte er, wie vernichtet den Kopf auf beide Arme stützend. „O, dieses falsche Weib! Falsch wie alle Weiber! Voll inniger Liebe hingen meine Augen hunderte von Meilen an ihr — aber die Liebe ist blind und — ja“, stöhnte er dann, den Gegenstand sorgfältig herausnehmend und auf seine geballte linke Faust stützend, um ihn genauer zu betrachten. „Ich hatte keine Ahnung davon, daß sie eine Perücke trägt! O, diese Eitelkeit der Weiber — aber heute kann ich noch nicht daran arbeiten — es würde mir das Herz zerbrechen — ich muß mich erst an den Gedanken gewöhnen.“

„Und Sie sind jetzt fertig, Herr Trevithid?“ fragte Klara.

„Nicht ganz. Das Defizit.“

„Wenn, wie Sie sagen, ein Defizit vorhanden ist, so muß es dabei sein Betenden haben. Ich besitze auch so ein Defizit.“

„Aber Ihr Herr Vater hätte nicht eher geruht, als bis die Sache klar gestellt war.“

„Nein,“ meinte Klara nachdenklich. „Aber mein Vater hatte vielleicht irgendein Projekt in Vorbereitung, von dem wir nichts wissen, Herr Trevithid, und wozu er jenes Geld verwendete, ohne es in seine Buchungen aufzunehmen. — Wir warten also besser ab und lassen es auf sich beruhen. Sie werden doch noch einige Tage hierbleiben?“

„Ich sollte,“ nein,“ antwortete, erwiderte Trevithid, „aber ich würde gewissenlos handeln, wenn ich dies Schloß verliesse, ehe ich das Geld sicher fortgeschafft habe. Bis dahin bleibe ich also Ihr Gast.“

Klara wollte noch etwas sagen, aber die vielen schmerzlichen Erinnerungen, die der Aufenthalt in diesem Zimmer ihr brachte, wurden jetzt so übermächtig, daß sie sich nur stumm verbeugte und mit einem kurzen Zeichen, daß Mary ihr folgen sollte, aus dem Zimmer eilte.

„Ein Mädchen, welches jeden Mann glücklich machen könnte“, meinte der Notar, als er allein war. „Hoffentlich wird sie keinem gewissenlosen Abenteuerer zur Beute fallen, dem es nur um ihren Reichtum zu tun ist. Nein, sie ist fest und hochfönnig. Wenn ich nur wüßte, womit ich die kleine Mary beleidigt habe?“ und dabei leuchtete er tief auf. „In letzter Zeit ist sie gar nicht mehr freundlich gegen mich.“

Dann dachte er einige Minuten lang stumm nach und rief dann auf den Tisch schlagend:

„Gartram hatte die einundvierzigtausend Pfund. Seine Bücher ergeben es klar und er war darin so peinlich genau wie ein Bankbuchhalter. Irigendjemand mußte um das Geheimnis dieser Granitkammer und tat einen Griff in ihre Schätze. Ja, ich möchte wohl dahinter kommen.“

der in sachlicher und ruhiger Form die Behandlung eines Elässers schilderte, der es vorzog während des Krieges in Frankreich zu bleiben und zwar auf Grund eines Auftrufs Poincarés an die Eläss-Vorbringer, ruhig im Lande zu bleiben, man werde sie wie die Franzosen behandeln und sie nicht zwingen, gegen die deutschen Armeen zu kämpfen. Trotzdem habe man ihm seinen Beruf unmöglich gemacht. Er habe nach und nach sein Vermögen verloren habe. Als er sich später unter Berufung auf den Aufruf Poincarés gemeldet habe, in die französische Armee einzutreten, habe man ihn interniert und ihm eine furchtbare Behandlung man ihn interniert und ihm eine furchtbare Behandlung zuteil werden lassen. Im weiteren Verhör erklärte Reizacher auf Befragen des Vorsitzenden, daß er über die Liga der heimattreuen Eläss-Vorbringer zum Heimatbund gekommen sei. Er habe einmal in der „Zukunft“ über seine Leiden in französischen Internierungslagern einen kleinen Artikel geschrieben. Aus Empörung über die Behandlungsweise von Bulachs habe er sich der Wahrheit genähert und hier eine Reihe von Artikeln geschrieben, jedoch hierzu auch nur einen Pfennig Honorar zu beziehen. Er sei Besürworter einer allgemeinen Volksabstimmung, selbstverständlich, wie er auf eine Zwischenfrage von Rechtsanwält Fägles feststellt, in durchaus lokalem Rahmen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Reizacher noch, daß seine Mitarbeit in der „Wahrheit“ ohne jede Verbindung und ohne Auftrag der Leute um Schall erfolgt sei.

Bei der nun folgenden Vernehmung des Angeklagten Baumann, der seinerzeit wegen Spionageverdachts verhaftet war, kam es zu einem Zwischenfall, als der Generalstaatsanwalt mitteilt, daß sich die Staatsanwaltschaft gegen Baumann gesehen habe, die Originaldokumente des Spionageverfahrens gegen Kohler und Baumann aus dem Aktenmaterial des Komplotterfahrens zu entfernen, da die Angelegenheit Kohler-Baumann in engem Zusammenhang mit einem außerordentlich schwerwiegenden und weittragenden Spionagefall zu stehen scheint, der in der letzten Zeit in einem Grenzbezirk aufgedeckt worden sei. Über diese Angelegenheit nicht völlige Klarheit geschaffen sei, wäre es für die Generalstaatsanwaltschaft unzulässig, ihre Akten aufzugeben und die Aktenstücke bekanntzugeben.

In Verfolg dieser Mitteilung legte eine erregte Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Staatsanwalt ein. Der Vorsitzende der Verteidigung, Rechtsanwält Verth, stellt fest, daß der Generalstaatsanwalt als höchster Gerichtsbeamter nicht die Befugnis habe, im Laufe einer Gerichtsverhandlung zu erklären, ob der Angeklagte schuldig sei oder nicht. Auch habe er nicht das Recht, Aktenmaterial, das im Zusammenhang mit dem im Gang befindlichen Prozeß stehe, dem Gerichtshof und der Verteidigung vorzuenthalten. Sämtliche Verteidiger erheben dann beim Gerichtshof offiziell gegen das Verhalten des Generalstaatsanwalts Einspruch und fordern sofortige Vorlegung des gesamten Aktenmaterials gegen Baumann. — Die Hintergründe dieses Verhaltens des Generalstaatsanwaltes sind zur Zeit noch in keiner Weise zu übersehen, jedoch besteht allgemein der Eindruck,

daß man vor der entscheidenden Wendung des Prozesses steht.

Es fragt sich nämlich, wie sich jetzt der Generalstaatsanwalt die Erledigung des Verfahrens gegen alle Angeklagten wegen Komplottes vorstellt.

Kolmar 15. Mai. Am Kolmarer Prozeß brachte gestern nachmittag die Verteidigung einen einstimmig gefaßten Antrag an den Gerichtshof ein, nach dem dieser einerseits von der Anwesenheit des Generalstaatsanwaltes, die noch nicht verurteilten Angeklagten wären gefährliche Spione, als von einer rechtswidrigen Beeinflussung des Prozesses Kenntnis nehmen soll. Andererseits soll sich der Gerichtshof die vom Generalstaatsanwalt erwähnten Akten des neuen Spionageverfahrens gegen Kohler und Baumann sofort vorlegen lassen. Das völlig unerwartete rechtswidrige Eintreten des Generalstaatsanwaltes in die Verhandlungen, gegen das die Verteidigung entschieden protestieren müsse, bedeute einen Rechtsbruch. Der Generalstaatsanwalt erwiderte darauf, daß er das von ihm angeordnete Spionageverfahren nicht vor die Öffentlichkeit bringen könne. Es habe aber nichts mit den in der Nähe von Belfort anfangs April verhafteten beiden elfjährigen Spionen zu tun. Die Verteidigung stellte damit fest, daß nunmehr ein drittes Spionageverfahren im Gange sein müsse.

Der Angeklagte Baumann, den plötzlich die Nerven verlassen sollte in den Saal, er sei kein Spion. Das Verhalten des Generalstaatsanwaltes sei die größte Ungerechtheit. Man wolle scheinbar mit ihm ein Justizverbrechen begehen.

Baden.

Dr. Schurmann wird Ehrenbürger von Heidelberg.

Heidelberg, 15. Mai. Wie man hört, hat der Stadtrat von Heidelberg beschlossen, den Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Berlin, Dr. Schurmann, für seine Verdienste um Heidelberg und die Heidelberger Universität zum Ehrenbürger zu ernennen. Die Überreichung der Urkunde, die voraussichtlich noch durch Oberbürgermeister Dr. Walz vorgenommen wird, dürfte etwa Mitte Juli in Heidelberg stattfinden.

Vergleichsvorschlag der Mannheimer Beamtenbank.

Mannheim, 15. Mai. Die Mannheimer Beamtenbank, e. G. m. b. H., unterbreitet ihren Gläubigern ein Vergleichsverfahren. Der beigelegte Status weist einen Fehlbetrag von 910 160 Mark auf, also um 300 000 Mark höher als in der in der Mitgläuberversammlung vom 4. Mai vorgelegten Bilanz. Das rührt von einer Abkehrung der Forderungen an Mitglieder her. Der Fehlbetrag insgesamt macht etwa 50 Prozent der gesamten Schuld der Bank aus.

Besserung der Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage hat sich nach Mitteilung des Landesamts für Arbeitsbeschaffung trotz des Abflauens des Beschäftigungsgrads in einigen Berufsgruppen langsam weiter gebessert. Dadurch konnte sich auch die Arbeitslosigkeit wieder senken; sie ging bei der Berichtzeit vom 8. der Unterjährigkeitsfälle von 1775 in der Berichtzeit vom 8. bis 9. Mai nur unerheblich härter zurück als in der unmittelbar vorangegangenen Berichtzeit, in der sie 1640 betragen hatte. Am 9. Mai wurde im Landes-Arbeitsamtsbezirk im ganzen nur noch 31 991 Unterjährigkeitsempfänger gezählt. Nach Gebieten getrennt entfielen hieron 6354 (69,93) auf Württemberg und Hohenzollern, hingegen immer noch 25 637 (80,07) auf Baden. Nach Unterjährigkeitsgruppen wurden am 9. Mai in Württemberg 4621 Arbeitslosen- und 1733 Krifenunterstützungsempfänger, in Baden 20 385 Arbeitslosen- und 6252 Krifenunterstützungsempfänger gezählt.

Vor der Beendigung der Neubaubahn.

Forbach, 15. Mai. Die Fertigstellung der Neubaubahn von Klosterreichenbach nach Raunmünzach rückt ihrem Ende näher. Der Brennpunkt der Arbeit ist zur Zeit noch der Bahnhof Schönmünzach. Auch die von der Gemeinde Schwarzenberg herzustellende Wasserwerkverbindung für den Schönmünzach, an die die Bahnleitung angeschlossen wird, ist im Bau. Die Innenarbeiten an den Stationshochbauten sind in vollem Gange.

Zugung des Verbandes badischer Gemeinden.

Baden-Baden, 15. Mai 1928.

Die Hauptversammlung des Verbandes badischer Gemeinden wurde am Sonntagvormittag von dem Vorsitzenden des Verbandes, Bürgermeister Menges-Bernsbach eröffnet. Er begrüßte zunächst die Vertreter der Regierung der Stadt Baden-Baden, des badischen Städteverbandes, sowie anderer interessierter Vereine und Verbände. Der Vorsitzende ging in einem Vortrag, dem 700-800 Anwesende mit größter Aufmerksamkeit folgten, auf die wichtigsten Gemeindepunkte und auf die umfangreiche Verbandsstätigkeit ein, wobei bemerkt wurde, daß die Städte und Gemeinden in den Parlamenten immer noch nicht genügend vertreten seien. Sodann behandelte er die Frage der Gemeindefinanzen. Ganz ungeheuerlich belastet seien die Gemeinden mit den hohen Land- und Kreisstrafenbeiträgen, so daß der Verbandsvorsitzende schon im Jahre 1925 eine entsprechende Änderung beantragt habe. Weiter sei in der Frage bis jetzt kaum etwas geschehen. Der Vorsitzende wolle nochmals bei dem Landtag vorfällig werden und zugleich auch eine Beteiligung der Gemeinden an dem Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer beantragen.

Auf dem Gebiete des Wohnungswezens seien die Verhältnisse auf dem Lande, wie der Vorsitzende weiter ausführte, nicht besser wie in den Städten. Nicht gerechtfertigt sei es, daß die großen Städte den aus dem Lande kommenden Landesanteil in der Gebäudesteuer ganz für sich beanspruchten, weil zwei Drittel aller Arbeiter zwar in den Städten arbeiten und dort Steuerwerte schaffen, aber auf dem Lande wohnen und hier Aufwendungen an Wohnungsbauten, Schulen, Fürsorge, Straßen usw. verursachen. Der Verbandsvorsitzende habe deshalb Vorstellung beim Landtag erhoben und rechnet bestimmt damit, daß die berechtigten Wünsche der mittleren und kleineren Gemeinden berücksichtigt werden. Das Fürsorgewesen verurache den Gemeinden so hohe Ausgaben, daß es bei der sonstigen gewaltigen Belastung von den Gemeinden nicht mehr getragen werden könnte. Die so oft geforderte Rückgabe der allgemeinen Fürsorgekosten an die Gemeinden lasse sich nicht mehr umgehen, zumal der Staat seit ein Drittel nur noch ein Viertel des Aufwandes ersehen will. Sodann sei die Kreditnot der mittleren und kleineren Gemeinden außerordentlich groß. Es sei eine dankenswerte Aufgabe, daß die Zentralen der Gemeinden hierbei helfen will. Auf dem Gebiete des Sparkassenwesens müßten die kleineren Gemeinden befristet sein, den leistungsfähigen Verbands- oder Bezirksparassen angeschlossen zu werden.

Endlich behandelte der Vorsitzende noch andere wichtige Gemeindefragen, insbesondere die Verwaltungsreform, die in den Gemeinden selbst keine großen Erfolge mehr zeitigen könne, weil diese schon immer an eine bescheidene und einfache Verwaltung gewöhnt seien. Die Verwaltungsreform im Staatsbetriebe könne unmöglich in der Weise vor sich gehen, daß weitere Staatsbehörden in den Bezirken abgebaut würden. Die soeben zur Verlesung kommenden Entschlüsse, die die vom Vorsitzenden dargelegten Punkte enthalten, wurden von der Hauptversammlung einstimmig angenommen. Auch hier wurde Rechnungsbericht für 1927 und Voranschlag 1928 genehmigt. — Die Beiträge zum Verband badischer Gemeinden wurden wie im vorigen Jahre festgesetzt. — Endlich fand noch die Neuwahl des Vorstandes statt, die die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden Bürgermeister Menges-Bernsbach brachte. Zweiter Vorsitzender ist Bürgermeister Dorr-Anklingen.

Gegen 2 Uhr nachmittags konnte die Zugung vom Vorsitzenden geschlossen werden.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 15. Mai. (Sommerfahrplan). Der heutigen Nummer liegt der Sommerfahrplan bei, der diesmal verschiedene kleinere Veränderungen in den Fahrzeiten der Züge auch auf den Eisenbahnstrecken aufweist, die zum Teil auf die Bemühungen des Verkehrsverbands für den Eisenzug zurückzuführen sind. Der bis Jagstfeld durchgehende letzte Abendzug ist etwas später gelegt. Der vorigen Sommer nachmittags von Rheinland nach Stuttgart geführte, hier 16.16 Uhr abgehende beschleunigte Personenzug ist in den Fahrplan wieder aufgenommen worden. Der erfreulichste Erfolg aber ist die Einführung eines beschleunigten Personenzuges in umgekehrter Richtung von Stuttgart nach Wiesbaden, der in Heidelberg an den von Freiburg i. B. nach Cleve geführten Zug Anschluß hat. Er geht in Stuttgart ab 11.45 Uhr passiert Sinsheim 13.57 und trifft schon 17.00 Uhr in Wiesbaden ein. Leider sollen diese so beliebten Züge auch dieses Jahr nur im Sommer geführt werden, weil die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft der Meinung ist, der schwächere Verkehr der Wintermonate lasse eine Einschränkung dieses Zugverkehrs nicht umgehen. Wir glauben aber, daß diese Befürchtung gerade auf diese beiden Durchgangszüge nicht zutrifft. Denn der am Vormittag auch über Heidelberg geführte beschleunigte Personenzug von Heilbronn nach Mannheim war immer gut besetzt, wie auch die andern Züge. Und die Rheinlandzüge würden es sicher nicht weniger sein. Es wäre zu wünschen, daß im nächsten Winter einmal eine Probe mit diesen beiden Zügen gemacht würde. Wir sind überzeugt, daß sie so ausfallen würde, daß ihre ständige Beibehaltung möglich wäre.

Sinsheim, 15. Mai. (Der Fahrplan im FD-Zugabteil eine Neuerung.) Mit Beginn des Sommerfahrplans am 15. Mai wird die Deutsche Reichsbahn eine praktische Neuerung einführen. In den Fernschnellzügen (FD-Zügen) werden in den Abteilen kleine Fahrplan-Faltblätter kostenlos an die Fahrgäste verteilt. Diese Blätter erhalten die Verkehrszeiten des Zuges und seine wichtigsten Anfahrtszüge in übersichtlicher Weise. Der Reisende braucht daher nicht mehr nach den Ankunftszeiten herumzufragen und auch nicht auf der Fahrt sein Kursbuch zu durchblättern; das kleine Fahrplanfaltblatt sagt ihm sofort wann er auf der nächsten Station eintreffen wird.

Sinsheim, 15. Mai. (Der „Blitz“-Fahrplan für Baden.) Am 15. Mai tritt auf den deutschen Reichsbahnen und damit auch auf den Bahnlinien unseres badischen Heimatlandes der neue Sommerfahrplan in Kraft, der in Anpassung an die Verkehrsbedürfnisse mancherlei Änderungen bringt. Als bestes Fahrplanbuch, das neben den vollständigen Verkehrszeiten auf den badischen Linien auch die Anschlüsse in die Nachbarländer, die Bodensee-Dampferkurse und die Kraftpostlinien enthält, sowie auch die rascheste Orientierung infolge seines eigenartigen Registerschnittes ermöglicht, hat sich noch stets in den langen Jahren seines Erscheinens der „Blitz“-Fahrplan für Baden bewährt, der auch diesmal rechtzeitig für den Sommerdienst erschien und in allen

bekanntesten Verkaufsstellen (Buchhandlungen usw.) zum Preis von 50 Pfg. zu haben ist.

Sinsheim, 16. Mai. (Allgemeine Ortskrankenkasse). Die Zahl der Mitglieder unserer Kasse betrug am 1. 5. 28. 6494 (6456) und zwar männlich 3931 (3902), weiblich 2563 (2554). Hieron waren versichert als versicherungspflichtig 5584 (5564) und zwar männl. 3453 (3442), weibl. 2131 (2122), als freiwillig 910 (892) und zwar männl. 478 (460), weibl. 432 (432). Am Stichtag (1. 5. 28.) betrug die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken 198 (197) und zwar männl. 98 (100), weibl. 100 (97). Hieron waren als pflichtversichert gemeldet 175 und zwar männl. 93, weibl. 82, als freiwillig 23 und zwar männl. 5, weibl. 18. Wöchnerinnen wurden gezählt als pflichtversichert 26 (22), als freiwillig jeweils 1. Die in Klammern angegebenen Zahlen bedeuten jeweils das Ergebnis vom 1. des Vormonats.

Neckarbischofsheim, 14. Mai. (109er Zusammenkunft). Am gestrigen Sonntag fand hier eine Zusammenkunft ehem. badischer Leibgrenadiere statt. Herr Oberpostsekretär Krauwitsch-Karlsruhe hielt einen Vortrag über den Zweck des Zusammenchlusses. Es wurde eine Bezirksgruppe gegründet, der 48 ehemalige Leibgrenadiere aus dem Bezirk Neckarbischofsheim beitraten.

Kirchardt, 14. Mai. (Verschiedenes). Am nächsten Mittwoch versammeln sich hier die Bürgermeister und Ratsschreiber des Bezirks. Die Verhandlungen, die unter der Leitung des Herrn Landrat Strack stehen, finden im Schulhaus statt. An den offiziellen Teil schließt sich ein gemeinsames Mittagessen im Gasthaus „zum Löwen“ an. — Der Gemischte Chor unternimmt gemeinschaftlich mit dem Gemischten Chor Atlingen am kommenden Donnerstag (Himmelfahrtstag) einen Ausflug nach Maulbronn.

Ehrstädt, 14. Mai. (Bestandene Prüfung.) In diesen Tagen hat der Sohn des hiesigen Schmieds und Gemeindevater Philipp Reimbold, namens Friedrich R. als einer der Jüngsten nach einer 4 monatlichen Teilnahme am Lehrgang der staatlichen Hufbeschlagsschule in Karlsruhe die Prüfung zum Nachweis der Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlagsgewerbes mit der Note gut bestanden. Inre besten Glückwünsche dem strebsamen, fortschrittlichen Schmied!

Obergimpfen, 14. Mai. (Gustav-Adolf-Fest). Am Himmelfahrtstage findet dahier das Bezirksmissions- und Gustav-Adolf-Fest für den Landkreis Neckarbischofsheim statt.

Obergimpfen, 14. Mai. (Familienfest.) Am Sonntag feiert hier Schreinermeister Friedrich Gabel inmitten seiner elf Kinder (9 Söhne und 2 Töchter) seinen 75. Geburtstag. Die Pfarrgemeinde nimmt an dem Jubelfeste des tüchtigen Meisters besonders freudigen Anteil, da derselbe bald 40 Jahre lang zugleich den Mesnerdienst mit stets gleichbleibendem Eifer und mit Pünktlichkeit versehen hat. Möge der Segen Gottes auch fernherhin den Weg des Jubilars begleiten, ihm und seiner noch recht rüstigen Ehefrau einen gefunden Lebensabend bereiten. — Am gleichen Tage begeht der Schneidermeister Leopold Hofmann mit seiner Ehefrau das Fest der silbernen Hochzeit. Auch dieser Jubilar sei hier in Ehren gedacht und ihnen die besten Segenswünsche ausgesprochen.

Eppingen, 14. Mai. (Auszeichnung — Wahlversammlungen.) Unsere einheimische Maschinenfabrik S. Dieffenbacher Söhne wurde auf der ersten süddeutschen Gastwirtswoche verbunden mit großer Tadausstellung in Darmstadt mit einem wertvollen Ehrenpreis sowie der goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Firma hatte moderne Kellereimaschinen dort ausgestellt. — Auf gestern nachmittag hatte die Deutschnationale Volkspartei und der Landbund ihre Wähler gemeinsam zu einer Wahlversammlung ins Gasthaus zur „Eisenbahn“ eingeladen. Als Redner sprach Rechtsanwalt Schmidt-Bretten über die Frage „Warum wählt man die Liste 2“. Der Besuch der Versammlung war ziemlich gut. Einer ebensolchen Besuch hatte die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Wählerversammlung im „Schwanen“ am dieselbe Zeit. Professor Schick aus Heidelberg referierte hierbei über die kommende Reichstagswahl.

Stebbad, 14. Mai. (Konzert.) Ein außergewöhnlicher Genuß für die Gemeinde Stebbad war das Geistliche Konzert, das der I. Tenor, Herr Konzertfänger Guft. Neuner und seine Gemahlin, die Organistin Frau Paula Neuner-Sienzel aus Stuttgart am Sonntag nachmittag in der Kirche ausführten. Herr Neuner verfügt über eine gute, weiche und klangvolle Stimme, die besonders in den hohen Lagen gut zum Ausdruck kam. Er sang mit guter Einfühlung in den Inhalt u. a. Lieder von Bach, Händel, Mendelssohn und Beethoven. Frau Paula Neuner-Sienzel besitzt eine gute technische Schulung auf der Orgel und begleitete ihren Mann mit gutem Verständnis. Den zahlreich erschienenen Zuhörern wird das Konzert in guter Erinnerung bleiben.

Eisenz, 14. Mai. (Kältegefahren). Die Hoffnungen auf einen guten 1928er sind nun auch wieder jünichte geworden, nachdem die Kälte in den Nächten des 11. und 12. Mai fast den ganzen Nebstand vernichtet hat. Besonders die Weinberge in niederen Lagen haben sehr gelitten, während die in höheren Lagen verschont blieben. Es ist dies nun schon das dritte Jahr, daß durch die Kälte die Arbeit der hiesigen Weinbergbesitzer umsonst gewesen ist. Der verursachte Schaden dürfte sich auf etwa 50 000 Mark belaufen.

Eberbach, 14. Mai. (Originelle Wahlpropaganda.) Am vergangenen Samstag nachmittag hatte die hiesige Einwohnerschaft Gelegenheit, Reichsaussenminister Stresemann durch den Lautsprecher zur Reichstagswahl sprechen zu hören. Nach einem störenden Marsch ergriff der Minister Dr. Stresemann das Wort. Das Auto mit dem Lautsprecher hielt am neuen Marktplatz, am Lindenplatz, am Rathaus, sowie auch am Bahnhofplatz, um dann seine Reise nach Pleutersbach — Schöndruff uim. fortzusetzen.

Jagstfeld, 14. Mai. (Brand.) In der Saline gab es einen kleineren Brand; zwei Bepflanzungen fielen dem Feuer zum Opfer. Der Schaden ist nicht besonders groß.

Baiertal, 14. Mai. (Von der Wasserleitung.) Das günstige Wetter der letzten Wochen hat die Wasserleitungsarbeiten in hohem Maße gefördert. So ist die Fernleitung von der Quelle bis in die Ortschaft bereits gelegt und die Straße Baiertal-Schatthausen wieder befahrbar. Auch der Haupttrig des Ortsnezes ist zum größten Teil im Boden. Gegenwärtig ist man gerade mit dem Aufgraben der Steige der Wieslocherstraße beschäftigt, von wo aus die Leitung bis zu dem auf der gegen. Ebene zu zu erstellenden Wasserreservoir die Leitung weitergeführt wird.

Heidelberg, 14. Mai. (Mit einem selbstgeimmerten Badelboot) verunglückten in der Nähe der Alten Brücke am Samstag nachmittag ein junger Mann von 18 Jahren und ein Junge von 8 Jahren. Es gab einen großen Menschenauflauf. Die Paddler konnten von der Bootsverleihanstalt Mangelsdorf nur mit Mühe an Land gebracht werden.

Mannheim, 13. Mai. (Aus dem fünften Stock gestürzt.) Am Freitag vormittag ist eine in der Neckarstadt wohnhafte 23 Jahre alte Frau wegen einer Geringfügigkeit mit ihrer Mutter in Streit geraten. Plötzlich sprang die junge Frau über einen Stuhl zum Fenster des fünften Stockes hinaus auf die Straße. Mit geschmetterten Gliedern wurde sie in das Allgemeine Krankenhaus eingeliefert, woselbst sie bald starb.

Mannheim, 13. Mai. (Tödlicher Betriebsunfall.) Am Freitag vormittag kurz vor 12 Uhr ist der 58 Jahre alte verheiratete Arbeiter Tobias Eret von hier im Städtischen Gaswerk Lugenberg von einer Betriebslokomotive überfahren und auf der Stelle getötet worden. Der Verunglückte wollte mit einem Schubkarren die Gleisanlage überqueren und hat offenbar die in Gang

